
5457/J XXVIII. GP

Eingelangt am 27.03.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Manuel Litzke, BSc
an die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung
betreffend **Kritik an den Plänen zur schrittweisen Übernahme der Lehrerausbildung durch Universitäten**

Aus der jüngsten öffentlichen Debatte um die Reform der Lehrerausbildung in Österreich geht hervor, dass die Universitätenkonferenz (uniko) ein Konzept zur schrittweisen Übernahme der gesamten Lehrerausbildung durch die Universitäten vorgelegt hat. Danach soll zunächst die Lehrerausbildung für die Sekundarstufe Allgemeinbildung an Universitäten konzentriert werden, anschließend Fort- und Weiterbildung, und letztlich eventuell auch die Ausbildung für berufsbildende Fächer und Volksschule. Dieses Konzept sieht die Einrichtung sogenannter „Schools of Education“¹ an Universitäten vor, in denen auch ein Teil des bisherigen Lehrpersonals aus den Pädagogischen Hochschulen (PH) eingebettet werden soll. In Bundesländern ohne Volluniversitäten sollen Zweigstellen von Universitäten errichtet oder Kooperationen weitergeführt werden. Die Universitäten versprechen sich davon Effizienzgewinne, eine verbesserte Personalplanung und eine schnellere Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Lehrpraxis.²

Die Pädagogischen Hochschulen (PH) – gegenwärtig zuständig für die Ausbildung von Volksschullehrern, berufsbildenden Lehrkräften sowie Fort- und Weiterbildung – haben in einer gemeinsamen Stellungnahme diese Vision als „Irrweg“ bezeichnet und vor einem Verlust des notwendigen Praxisbezugs gewarnt. Sie argumentieren, dass gerade angesichts der immer komplexeren Herausforderungen im Schulalltag nicht nur Fachwissen, sondern vor allem pädagogische Handlungskompetenz gefragt sei, die derzeit über wissenschaftlich fundierte und zugleich praxisnahe Studienangebote mit starkem Praxisbezug vermittelt wird. Viele Lehrer an PHs seien aktive oder ehemalige Lehrkräfte, die praxisnahe Kompetenzen aus erster Hand vermitteln. PHs würden zudem Schulentwicklungsberatung, berufsfeldbezogene Forschung und Praxisschulen eng miteinander verbinden – ein Aspekt, der nach Ansicht der PH-Vertreter in einem an Universitäten zentrierten System leicht verloren gehen kann.³

¹ https://uniko.ac.at/modules/download.php?key=37545_DE_O&f=1&jt=7906&cs=8B26 (aufgerufen am 03.03.2026)

² <https://uniko.ac.at/newsroom/pressemitteilungen/T5/J/index.php?ID=37556> (aufgerufen am 03.03.2026)

³ <https://www.news.at/technik/phs-kritisieren-uni-vorschlaege-fur-lehrerausbildung>

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung nachstehende

Anfrage

1. Wie bewertet das Ressort die Vorschläge der Universitätenkonferenz zur schrittweisen Übernahme der gesamten Lehrerausbildung durch Universitäten?
2. Welche konkreten rechtlichen Grundlagen und Planungsdokumente existieren aktuell im Ressort, die diesen Vorschlag unterstützen oder umsetzen sollen?
3. Inwieweit ist das Ressort in die Ausarbeitung des Konzepts „Schools of Education“ eingebunden, und welche Ressorts oder Expertengremien wurden dabei konsultiert?
4. Existieren bereits verbindliche Zeitpläne, Projektphasen oder Meilensteine, die das Ressort publizieren kann?
5. Welche Studien oder Evaluierungen liegen dem Ressort vor, die belegen sollen, dass eine stärkere Zentralisierung an Universitäten zu einer Verbesserung der Lehrerausbildung führt?
6. Wie beurteilt das Ressort die Kritik der PH-Rektorenkonferenz, wonach ein zentralisiertes Universitätssystem den für die Schulpraxis notwendigen Praxisbezug der Lehrerausbildung gefährdet?
7. Welche Maßnahmen plant das Ressort konkret, um praxisnahe Ausbildungselemente (z.B. Unterrichtspraktika, Praxisschulen, Schulbegleitungen) in einem universitätszentrierten System sicherzustellen?
8. Welche Mindeststandards für Praxisanteile in Lehramtsstudien sollen zukünftig verbindlich eingeführt werden, und wie werden diese kontrolliert?
9. Wie sollen Ausbildungsinhalte für die Primarstufe, die sich stark an pädagogischen Handlungskompetenzen orientieren müssen, in einem wissenschaftlich-theoretisch dominierten Universitätsumfeld vermittelt werden?
10. Wie bewertet das Ressort mögliche Auswirkungen einer Umstellung auf ein rein universitäres System auf den bereits bestehenden Lehrermangel, insbesondere in ländlichen Regionen?
11. Welche zusätzlichen Ressourcen (finanziell, personell) stellt das Ressort bereit, um Lehramtsstudenten an Universitäten in praxisnahen Ausbildungsphasen zu qualifizieren?
12. Welche Folgen hätte die Reform für die regionale Versorgung mit Lehrkräften, gerade in Bundesländern ohne Volluniversität?
13. Wie will das Ressort verhindern, dass potenzielle Lehramtsstudenten aufgrund längerer Studienzeiten, höherer Zugangshürden oder Zentralisierung abgeschreckt werden?
14. Gibt es Berechnungen oder Prognosen, wie sich die Umstellung auf universitär dominierte Lehrerausbildung quantitativ auf Studienanfängerzahlen auswirken würde?
15. Welche finanziellen Einsparungen oder Mehreinnahmen rechnet das Ressort durch das neue Modell, und wie rechtfertigt es diese gegenüber dem ehemaligen System?

<https://www.derstandard.at/story/3000000309054/unis-wollen-paedagogische-hochschul-schlucken-und-filialen-im-burgenland-und-in-vorarlberg-gruenden>
<https://kurier.at/politik/inland/universitaeten-lehrerausbildung-schule-lehrer-volksschule-ahs>
(aufgerufen am 03.03.2026)

16. Wie sind geplante oder bereits begonnene Verhandlungen mit den PHs organisiert, um deren Personal, Infrastruktur und Expertise in die Umstrukturierung einzubinden?
17. Welche internationalen Modelle zur Lehrerbildung hat das Ressort berücksichtigt, und worauf stützt sich die Entscheidung, diesem universitätszentrierten System zu folgen?
18. Wie wird die Qualität der Lehrerbildung gemessen und evaluiert, bevor und nachdem ein Universitätsmodell umgesetzt wird?
19. Wie steht das Ressort zu den Forderungen, die PHs selbst zu autonomen, gleichwertigen Institutionen des tertiären Bildungssystems auszubauen, anstatt sie zu marginalisieren?
20. Welche Übergangsregelungen sind geplant, um Studenten, die derzeit an PHs eingeschrieben sind, nicht zu benachteiligen?
21. In welchem Umfang werden Lehrveranstaltungsleiter, Studenten, Schulleiter und Schulpraktiker in den Reformprozess eingebunden, und welche Mitbestimmungsrechte erhalten sie?
22. Plant das Ressort verpflichtende öffentliche Anhörungen, Begutachtungsverfahren oder Expertenrunden, bevor endgültige rechtliche Schritte gesetzt werden?
23. Wie stellt das Ressort sicher, dass durch die Reform der Ausbildungsmarkt für Lehrkräfte langfristig gestärkt wird und nicht zusätzliche Engpässe erzeugt werden?